

Gezeitenwechsel

Attila Kiraly

Obama ist im Weißen Haus. Alle Welt konnte die Amtseinführung sehen. Über eine Million Begeisterte war am Ort des Geschehens. Weltweit sollen 35.000 Berichte aus diesem Anlass in Zeitungen gedruckt oder in Rundfunk und Fernsehen gesendet worden sein. In der Welt der Superlative nun also der: Es war das (bisher) größte Medienereignis des 21. Jahrhunderts.

Bei den deutschen Regierenden scheint der Wechsel in Washington noch nicht so richtig angekommen zu sein. George W. Bush, der Nochpräsident, hatte kurz nach Beginn des Gaza-Krieges Israels eingeschätzt, die Hamas trage die volle Schuld. Angela Merkel stellte ihrerseits fest, die Verantwortung für die Entwicklung zum Krieg liege „eindeutig und ausschließlich“ bei der Hamas. Das war das letzte Unisono, das so schön gehalten hatte über die Jahre, mit Schultermassagen, Grillabenden und lockerem Sitzen im Strandkorb in Heiligendamm. Es sollte alles anders sein, als es bei Schröder war, und darum die stets betonte Einmütigkeit mit dem „großen Bruder“, der Bush hieß. Dieser gilt inzwischen nicht nur in kritischen Kreisen als der größte Versager in jenem Amte seit Anbeginn. Zbigniew Brzezinski, einer der einflussreichsten Wanderer zwischen den Welten der Politik, hatte diesem aus Anlass des Gaza-Krieges bescheinigt, in Sachen Nahost acht Jahre lang nichts getan zu haben, sodass die völlig verfahrenere Situation in jener Region in erheblichem Maße auch auf das Konto der verfehlten Bush-Politik geht.

Nachdem vor dem 20. Januar 2009 gemutmaßt wurde, US-Präsidenten würden Nahostfragen immer erst am Ende ihrer Amtszeit anfassen, hat Obama sofort reagiert und von einer „aktiven und aggressiven“ Politik gesprochen; aggressiv meint hier nicht kriegerisch, sondern entschlossen für den Frieden. Israels Sicherheit soll für die USA auch künftig nicht zur Disposition stehen. Dann aber sprach er über das Leid der Palästinenser im Gazastreifen und davon, dass die Grenzübergänge sofort geöffnet werden müssten, um die leidende Zivilbevölkerung zu versorgen. Wenn man weiß, dass es Israel war, das die Blockade Gazas erzwungen und aufrechterhalten hatte, ist dies eine deutliche Sprache. Zum Sonderbeauftragten für den Nahen Osten wurde George Mitchell ernannt, der nach seiner positiven Rolle bei der Beilegung des Nordirlandkonflikts

in den 1990er Jahren als echter Vermittler gilt und der nicht der Israelloobby zugerechnet wird.

Merkel scheint das Geschehen in Washington nicht so richtig geheuer zu sein. Zum Nahostthema fiel ihr nur ein, dass Deutschland dabei helfen solle, den Waffenschmuggel zu unterbinden. Die Deutschen sollten den schlappen Ägyptern mal beibringen, wie man das mit deutscher Gründlichkeit macht. Von Mitgefühl mit den Opfern in Gaza war eher nicht die Rede. Obama wünschte sie aus Anlass der Amtseinführung zwar „Glück und gutes Gelingen“ und sprach von „großer Stunde“. Das bezog sich aber nur auf seine Hautfarbe, nicht auf die Politik. Und sie setzte hinzu: „Ich hoffe, dass unsere Zusammenarbeit davon geprägt ist, dass man einander zuhört.“ Im Zusammenhang mit Bush hatte sie nie gefordert, er solle ihr gefälligst zuhören.

Außenminister Steinmeier versuchte zu kontrastieren, indem er betonte: „Obamas Angebot der Partnerschaft nehmen wir an.“ Auf die Frage, die Bush-Regierung habe angesichts des gespaltenen Europas in der Frage des Irakkrieges das „neue“ gegen das „alte“ Europa auszuspielen vermocht, ob denn Europa diese Lektion nun gelernt habe, antwortete Steinmeier: „Zumindest höre ich nie Widerspruch, wenn ich sage, dass wir Europäer mit einer Stimme sprechen müssen, wenn wir in der heutigen Welt gehört werden wollen.“ Meint: Wenn Obama uns ernst nehmen soll. Allerdings sagt er hier nicht, ob denn nun Schröders Kurs der Verweigerung richtig war oder Merkels Schmusekurs gegenüber Bush. Steinmeier hat Hillary Clinton zu ihrem Amtsantritt als Außenministerin gratuliert. Laut Pressemitteilung des AA über das Telefonat dankte er „seiner amerikanischen Amtskollegin für die Entschlossenheit ihrer Regierung, sich schnell in Nahost zu engagieren“. War das ein Kompliment oder eine Kritik an der Kanzlerin?

Potsdamer Textbücher

PTB

Juan Linz: Totalitäre und autoritäre Regime

Herausgegeben von Raimund Krämer

State of the art und Klassiker der vergleichenden Politikwissenschaft in deutscher Übersetzung.

PTB 4, 312 S., brosch., 19,50 €

Bestellungen beim Universitätsverlag Potsdam

ubpub@rz.uni-potsdam.de